

Ehlert, F. O.

Article — Digitized Version

Negative Bilanz der argentinischen Revolutionsregierung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ehlert, F. O. (1957) : Negative Bilanz der argentinischen Revolutionsregierung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 5, pp. 250-252

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132467>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

daß mit der Vervielfachung der Aktionäre sich auch die Machtlosigkeit vervielfachte und daß die Massenaktie keineswegs eine Verallgemeinerung des Kapitalisten, sondern nichts anderes bedeutete als die Degradierung vom Eigentümer zum rechtlosen Dauerkreditgeber, der dem Manager die Bausteine der Macht lieferte.

Wenn schließlich Ein-Dollar-Aktien von Hausierern an der Haustür verhökert wurden, so war das die Apotheose der Bekehrung eines ganzen Volkes zum Götzen der Spekulation. Zwischen 1922 und 1929 kletterte der Kursindex auf 500 %. Das Endergebnis war der Katzenjammer der Krise.

Man wird sich fragen müssen, warum der Gedanke der Volksaktie erst zu einer Zeit aufgetaucht ist, da die Aktienkurse nach phänomenalem Aufstieg leicht zu bröckeln begannen. Soll der kleine Investor den mangelnden Mut der Großen ersetzen? Wenn man hier gleichzeitig noch eine Methode der „Reprivatisierung“ entdecken möchte, so muß man sich weiter fragen: Kann es sinnvoll sein, zu einem Zeitpunkt, da der Höhepunkt der Konjunktur mehr oder weniger erreicht sein dürfte, an Stelle öffentlicher Mittel für Investitionen in öffentlichen Unternehmen private Mittel heranzuziehen, die damit ihrer Funktion als Basis für private Investitionen entzogen werden? Und das in einer Zeit, in der immer noch kontraktive Einflüsse von der Kasenhaltung der öffentlichen Hand möglichst bleiben? (Kue)

Entspannung ohne Wiedervereinigung?

Das energische Aufnehmen von Entspannungsplänen, wie es sich in der diplomatischen Auseinandersetzung der beiden polaren Großmächte gegenwärtig abzeichnet, sollte uns eigentlich mit einer gewissen Genugtuung erfüllen, da wir selbst doch zu den Initiatoren einer Entspannungspolitik gehören und unsere Appelle an die Großmächte über die Einstellung von Atomversuchen der Entspannung dienen sollen. Daß sich das Gefühl der Genugtuung nicht recht einstellen will, dürfte auf zweierlei Ursachen zurückgeführt werden: Einmal haben wir schon öfter die Erfahrung gemacht, daß allzu globale Pläne, die auf die Regelung konkreter Einzelheiten verzichten, den gewünschten Effekt vermissen lassen und in einer ideellen Demonstration versanden. Zum anderen dürfte die Ausklammerung dieser konkreten politischen Regelungen gerade für uns von recht problematischer Natur sein. Denn der Hinweis, daß durch diese globale Entspannungspolitik erst die Atmosphäre für konkrete Regelungen geschaffen werden soll, trägt zu offensichtlich den Charakter einer verlegenen Tröstung in sich, als daß er glaubhaft sein könnte.

Mit dem Zirkel auf der Landkarte große Kreise schlagen, ist ein von Diplomaten auf höchster Ebene gern geübter Brauch. Bisher sind jedoch aus diesen Kreisen immer nur neue Unruheherde entstanden, weil man sich nicht die Mühe genommen hat, die theoretischen Kreislinien auf ihren realen Verlauf zu untersuchen. Man stelle sich in der Praxis die Durchführung einer Boden- und Luftkontrolle in einem Kreisabschnitt vor, der sowohl große Gebiete Frankreichs wie auch der Sowjetunion umfaßt, ganz abgesehen davon, daß in diesem Kreisabschnitt auch einige andere „kritische Räume“ liegen. Die ernsthafte Durchführung dieser Kontrollen dürfte zu den vorhandenen Spannungen noch einige hinzufügen. Man überlege sich überdies, was eine entmilitarisierte oder militärsch verdünnte Zone von 2000 km Breite im Zeitalter der Fernraketen für eine effektive Sicherheit bieten kann! Wenn der Begriff „Neutralität“ in den letzten Jahren keine so starke politische Diskriminierung erfahren hätte, wären die Weltpolitiker vielleicht auf die Idee gekommen, mit einer großzügigen Fortführung der begonnenen Kreislinien über den Nahen und Mittleren Osten bis Südostasien und zum Fernen Osten einen Mächteblock der „neutralen Staaten“ abzugrenzen, der bei beiderseitiger Nichteinmischung auch ein Spannungsfeld hätte abgeben können.

Der Verzicht auf die Regelung konkreter politischer Einzelheiten bedeutet für uns eine Vertagung der Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit. Die Großmächte entziehen sich damit einer Verantwortung, die sie selbst bei Beendigung des Krieges übernommen haben. Insofern dürfen wir die Pläne unserer Freunde nicht unwidersprochen lassen. Wenn nämlich die Achse, die für die Berechnung der verdünnten Zone maßgebend sein soll, mitten durch Deutschland läuft, besteht die Gefahr, daß keine der beiden Großmächte bereit sein wird, einer künftigen Verschiebung dieser Achse, die ja dem „Eisernen Vorhang“ entspricht, zuzustimmen. Man darf uns nicht falsch verstehen: Wir begrüßen jede Entspannungspolitik, denn jede Entspannung ist besser als keine. Und wir würden an einer „globalen Entspannung“ freudig mitarbeiten, wenn uns die Großmächte die verpflichtende Zusicherung geben würden, daß in ihrem Gefolge auch die konkreten politischen Unruheherde bereinigt werden. Und dieser Zusicherung dürfte Deutschland trotz seiner geschwächten weltpolitischen Position würdig sein. (sk)

F. O. Ehlert, Buenos Aires:

Negative Bilanz der argentinischen Revolutionsregierung

Buenos Aires, 8. Mai 1957

Die Hoffnungen, die nicht nur die argentinische Wirtschaft, sondern alle Handelspartner Argentiniens nach dem Sturz Peróns auf eine Besserung und Normalisierung der Wirtschaftslage des Landes gesetzt hatten, haben sich nicht erfüllt. Die Bilanz über die seit der Revolution vergangenen neunzehn Monate schließt mit einem negativen Saldo. Entgegen den allgemeinen Erwartungen hat sich die Lage von Monat zu Monat verschlechtert. Die Revolutionsregierung des Generals Aramburu hat es nicht verstanden, die Atmosphäre des Vertrauens, die anfänglich zweifellos im Inland und im Ausland vorhanden war, zu nutzen, um

die Folgen der peronistischen Politik zu beseitigen und den erforderlichen Wiederaufbau der Wirtschaft und die nötigen Strukturwandlungen durchzuführen.

Defizite in Zahlungsbilanz und Budget

Dem neutralen Beobachter der argentinischen Wirtschaftsentwicklung bietet sich daher heute ein Bild, das sehr stark im Zeichen einer zunehmenden Krise steht. In dem kürzlichen Exposé des inzwischen zurückgetretenen Finanzministers Dr. Roberto Verrier, der erstmals die ungeschminkte Wahrheit enthüllt, wird die heutige Situation unumwunden als katastrophal bezeichnet. Dr. Verrier erschütterte die argentinische

Öffentlichkeit mit der Ankündigung, daß die Gold- und Devisenreserven in den letzten Monaten auf 237 Mill. \$ abgesunken seien, was knapp noch den Importbedarf für sechs Wochen decke. Die Zahlungsbilanz weise ein jährliches Defizit von ca. 250 Mill. \$ mit steigender Tendenz auf. Bei einer Weiterentwicklung unter den heutigen Bedingungen müsse, wenn nicht energische Maßnahmen ergriffen werden, für Ende des Jahres mit einer völligen Erschöpfung der Gold- und Devisenreserven gerechnet werden.

Was jedoch auch Verrier in seinem Rechenschaftsbericht verschwiegen, ist die Tatsache, daß das heutige Defizit der Zahlungsbilanz nur deswegen nicht höher ausgefallen ist, weil die Außenhandelsbehörden auch im vergangenen Jahr eine relativ strenge Drosselung der Importe durchführten, so daß praktisch nur der allerdringendste Bedarf der Privatwirtschaft gedeckt werden konnte. Auch die im Prebischplan als notwendig bezeichnete Sanierung der Staatsfinanzen ist ihrer Verwirklichung seit der Revolution um keinen Schritt näher gekommen. Das Budget des Staates weist für das laufende Jahr erneut ein Defizit von 14 Mrd. Pesos auf, bei dem die staatlichen Unternehmen — Eisenbahnen, Petroleumgesellschaft, etc. — ausschlaggebend beteiligt sind. Die Hoffnungen der Regierung, durch eine gewisse Steuerung der Preise den Vorteil der kurz nach der Revolution durchgeführten Abwertung lange Zeit aufrechtzuerhalten, haben sich nicht erfüllt. Die Preis- und Lohnspirale wurde daher — vorwiegend durch den Druck der immer noch sehr starken, peronistisch beeinflussten Gewerkschaften — sehr bald erneut in Bewegung gesetzt, so daß damit auch der Vorteil, den die Abwertung der Landwirtschaft als der größten Devisenbringerin des Landes verschaffen sollte, inzwischen wieder so gut wie beseitigt ist.

Steigende Kosten — sinkende Produktion

Die neue Preispolitik der Regierung auf dem Agrarsektor hat nur in den ersten Monaten eine anregende Wirkung auf die Ausdehnung der Anbauflächen gehabt, ohne jedoch der Landwirtschaft, die bei den Exporten einen Teil ihrer Devisenerlöse an den Nationalen Wiederaufbaufonds abtreten mußte, die für dringend notwendig erachtete Sanierung zu bringen.

Auf industriellem Gebiet haben sich die Importschwierigkeiten einerseits und die politisch und wirtschaftlich bedingten Konflikte mit der Arbeiterschaft andererseits sehr nachteilig ausgewirkt. Unter dem Druck der verschiedenen Teilstreiks, die am Ende des vergangenen Jahres sogar einen bedrohlichen Umfang angenommen hatten, mußte sich die Regierung entschließen, im vergangenen Jahr sehr beträchtliche Lohn erhöhungen durchzuführen, die zwischen 30 und 60 % schwankten und selbstverständlich sehr nachteilige Auswirkungen auf die Produktionskosten hatten. Die industrielle Produktion ist daher im vergangenen Jahr nicht mehr gestiegen, sondern während der Monate der Streikbewegung sogar sehr stark zurückgegangen. Der Produktionsindex (Basis 1943 = 100) sank von 161,1 im Oktober 1955, d. h. dem ersten Monat nach der Revolution, auf 145,6 im November vorigen Jahres und sogar auf 132,5 im Dezember. Daneben machen sich bei der Industrie infolge der inflationären Entwicklung auch zunehmende Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Finanzierung bemerkbar.

Einer der größten Engpässe der argentinischen Wirtschaft — der Strommangel und die unzureichenden Transportverhältnisse — haben diese negative Entwicklung weiter verschärft.

Innerpolitische Schwäche der Regierung

Die Ursache dieser ungünstigen Entwicklung muß in allererster Linie auf innerpolitische Schwierigkeiten zurückgeführt werden. Die Revolutionsregierung, in der die Militärs die entscheidende Rolle spielen, leidet seit ihrem Entstehen an mangelnder politischer Stabilität und Geschlossenheit. Obwohl sie bereits in den ersten Monaten erklärt hatte, daß ihre Mitglieder sich bei den künftigen Wahlen nicht als Kandidaten präsentieren würden und daß sie infolgedessen bei ihrem Bestreben um den Wiederaufbau des Landes auch die Unpopularität in Kauf nehmen würde, ist es ihr nicht gelungen, weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht, in den vergangenen neunzehn Monaten einen einheitlichen Kurs durchzuführen. Dafür mag in erster Linie maßgebend gewesen sein, daß die drei Wehrmachtsteile auch untereinander nicht einig waren und daß das Heer, das früher bei allen politischen Schwierigkeiten immer in letzter Instanz den Schiedsrichter spielen konnte, seit dem Sturz der peronistischen Regierung und dem Putsch des vergangenen Jahres in verschiedene Gruppen gespalten ist und daher an politischer Schlagkraft eingebüßt hat. Dementsprechend hat im Militärkabinett inzwischen die etwas links eingestellte Marine die entscheidende Rolle übernommen. Diese schwache innerpolitische Position der Regierung dürfte auch die Veranlassung dafür gewesen sein, daß sie sich sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu keinem einheitlichen Kurs durchringen konnte und heute Konzessionen an die eine und morgen an die andere Seite macht. So kam es denn, daß auch die Mehrzahl der alten politischen Parteien, die sich anfangs hinter die Regierung gestellt hatten, inzwischen eine oppositionelle Haltung eingenommen haben, die sich in zunehmendem Maße verschärft, je näher die Wahlen herankommen.

Radikaler Nationalismus

Auf der anderen Seite haben sich die politischen Ressentiments — die auch bei der Ergreifung verschiedener wirtschaftlicher Maßnahmen (z. B. die „Entperonisierung“ der Behörden und der Wirtschaft, die Verhängung der Vermögenssperre über zahlreiche argentinische Industrieunternehmen, die angeblich mit dem früheren Regime zusammengearbeitet hatten, u.a.m.) — sehr störend für eine normale Entwicklung weiterer Sektoren der Wirtschaft ausgewirkt. Auf die gleiche Linie gehört auch das Vordringen der nationalistischen Auffassungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, die inzwischen innerhalb der alten politischen Parteien ein Ausmaß erreicht haben, das selbst die Auswüchse der peronistischen Zeit noch weit in den Schatten stellt. Diese Tendenzen laufen auch heute noch trotz der großen Schwierigkeiten darauf hinaus, die entscheidenden Probleme des Augenblicks mehr von der politischen Seite als vom Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu betrachten. Anders läßt es sich nicht erklären, wenn beispielsweise der sogenannte Beratende Politische Ausschuß, der aus den Vertretern der alten Parteien besteht, sich zu einem Zeitpunkt, da Argentinien dringendst auf die Mitarbeit des Auslandskapitals angewiesen ist, für eine Verstaatlichung der beiden großen internationalen Elektrizitätsgesellschaften von Buenos Aires (CADE und Italo Argentina) einsetzt. Das Nachgeben der Regierung gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften muß ebenfalls mit ihrer schwachen innerpolitischen Position erklärt werden. Nur dadurch konnte verschiedentlich ein Generalstreik, der auch größere politische Folgen hätte haben können, vermieden werden.

Die Tatsache, daß auch die Sanierung der Staatsfinanzen, die von Prebisch in seinem Wirtschaftsbericht als eines der Hauptpostulate angeführt war, bislang noch nicht mit der entsprechenden Energie angepackt wurde, muß auf die gleichen Motive zurückgeführt werden. Das läßt darauf schließen, daß die Militärregierung doch stärker auf ihre Popularität Rücksicht nimmt, als sie in ihren ursprünglichen Erklärungen zu erkennen gegeben hatte.

Gehemmte Liberalisierung

Der Prebischplan hatte neben der bereits erwähnten Sanierung der Staatsfinanzen und der Währung, die bislang nicht erreicht wurde, auch eine schrittweise Liberalisierung der Wirtschaft als eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Landes nach zwölf Jahren Diktatur bezeichnet. Auch in dieser Hinsicht ist jedoch die Regierung bislang auf halbem Wege stecken geblieben. Zwar ist auf dem Gebiet des Außenhandels durch die Einführung eines beschränkten freien Devisenmarktes und die Gewährung der sogenannten automatischen Importgenehmigungen ein erster Schritt zur Wiederherstellung des freien Wettbewerbs erfolgt, der sich in mancher Beziehung nicht ungünstig ausgewirkt hat. Da jedoch auch hier innerhalb der verschiedenen Ministerien die Auffassungen über die Notwendigkeiten des Augenblicks stark auseinandergingen, wurden die Empfehlungen des Prebischplanes nur zum Teil verwirklicht. Infolge der zunehmenden inflationistischen Tendenzen hat sich die Regierung inzwischen sogar dazu veranlaßt gesehen, für die meisten Artikel des täglichen Bedarfs wieder Höchstpreise einzuführen und die Mehrheit der übrigen Waren einer mehr oder minder strengen Preiskontrolle zu unterziehen.

Mitarbeit des Auslandskapitals

Das entscheidende Problem der argentinischen Wirtschaft für die Beseitigung der heutigen Schwierigkeiten besteht jedoch, wie auch der Prebischplan bereits unterstrich, in einer weitgehenden Mitarbeit des Auslandskapitals. Prebisch hatte seinerzeit bereits von einem Auslandskreditbedarf von mindestens 1 Mrd. \$ gesprochen. Die Maßnahmen, die die Revolutionsregierung seitdem ergriffen hat, waren jedoch, wie die Praxis der vergangenen neunzehn Monate zeigt, nicht dazu angetan, die Voraussetzungen für die Gewährung solcher Kredite — d. h. die Rückkehr des Vertrauens in die zukünftige Entwicklung des Landes — zu schaffen. Den Bemühungen der argentinischen Finanzmission in den USA, die sich ursprünglich auf die Gewährung von Krediten in einer Höhe von etwa 500 Mill. \$ erstrecken sollten, waren nur sehr mäßige Erfolge beschieden. So erhielt Argentinien von der Ex- und Importbank nur einen Kredit von 100 Mill. \$ und vom Internationalen Währungsfonds einen Kredit von 75 Mill. \$ (der im übrigen zur Hälfte aus dem argentinischen Beitrag besteht). Dagegen blieben die Finanzverhandlungen in Europa mit den Ländern des Pariser Clubs bislang völlig erfolglos, weil sich die Regierung mit Rücksicht auf die nationalistische Agitation innerhalb der politischen Parteien nicht dazu entschließen konnte, gleichzeitig auch die von diesen Ländern verlangte Bereinigung der alten ungelösten Probleme, die — wie im Falle der Bundesrepublik — meistens mit konfiszierten Betrieben zusammenhängen, vorzunehmen. Erst nachdem die Lage immer unhaltbarer geworden war, ist innerhalb der Regierung eine größere Bereitschaft zur Normalisierung dieser Situation zu erkennen, wie die kürzlich eingeleiteten Verhandlungen mit der Bundesrepublik beweisen.

Neben der bereits erwähnten Notwendigkeit der Steigerung der einheimischen Stromerzeugung gehört auch die Erhöhung der Erdölförderung zu den wichtigsten Problemen des Augenblicks. Zur Deckung des Defizits an Erdölderivaten sind zur Zeit etwa 350 Mill. \$ jährlich, d. h. etwa 35% des gesamten Devisenaufkommens, erforderlich, was bei dem heutigen riesigen Importbedarf an Rohstoffen, Ersatzteilen und Kapitalgütern von wirtschaftlichen Fachkreisen als eine untragbare Belastung angesehen wird, zumal die geschätzten Erdölreserven des Landes zu den größten des Kontinents gehören. Die Regierung plant nunmehr, nachdem die Verwertung aus bürokratischen Gründen acht Monate völlig nutzlos verloren hat, die Ankerbelung der einheimischen Erzeugung und ihres Transportes durch den Bau neuer Öl- und Gasleitungen sowie neuer Raffinerien. Damit soll in einem Zeitraum von fünf bis sechs Jahren die heutige Förderung von 4 Mill. cbm pro Jahr auf 10 bis 12 Mill. cbm erhöht werden. Die staatlichen „Planer“ haben dabei jedoch übersehen, daß bei den heutigen Entwicklungstendenzen damit zu rechnen ist, daß der Erdölbedarf des Landes innerhalb dieser Zeit auf mindestens 18 bis 20 Millionen cbm gestiegen sein wird, so daß auch dann das gleiche Defizit an Kraftstoff und die gleiche Belastung der Zahlungsbilanz durch diese Importe bestehen bleiben wird. In Kreisen der Privatwirtschaft ist man daher davon überzeugt, daß dieses Problem nicht ohne eine weitgehende Zulassung des Auslandskapitals gelöst werden kann, während sich die politischen Parteien in ihrer Mehrheit bislang unter völliger Verkennung der wirtschaftlichen Realitäten gegen eine Erteilung von Konzessionen an die internationale Erdölindustrie sträuben und diese als eine „Bedrohung der nationalen Souveränität“ bezeichnen. Die im vergangenen Monat von dem früheren Industrieminister Alsogaray eingeleitete Kampagne, die die Notwendigkeit der Heranziehung des Auslandskapitals betont und das Scheitern der staatlichen Petroleumgesellschaft YPF in eindeutiger Form beweist, hat in der argentinischen Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregt.

Zukunftsaussichten

Argentiniens Wirtschaftskreise haben errechnet, daß der dringendste Importbedarf des laufenden Jahres mit 1,8 Mrd. \$ beziffert werden muß, während bei der heutigen ungünstigen Lage des Weltmarktes für die argentinische Agrarproduktion, die in den letzten Monaten unter zunehmenden Absatzschwierigkeiten leidet, im günstigsten Falle mit einem Devisenaufkommen von 1,1 Mrd. \$ gerechnet werden kann. Die Überbrückung dieser Differenz wäre also nur durch eine weitgehende Kreditgewährung der argentinischen Handelspartner möglich. Das Zustandekommen des Pariser Clubs sowie die Einführung eines multilateralen Handels mit elf Ländern und die Konsolidierung der heutigen Schulden, die sich auf etwa 500 Mill. \$ belaufen, würde in dieser Hinsicht die erste Erleichterung bringen und eventuell gleichzeitig neue Kreditmöglichkeiten eröffnen. Rechnet man auch noch den Devisenbedarf für die Beseitigung des Stromdefizits und die Normalisierung der Transportverhältnisse hinzu, der auf etwa 2 Mrd. \$ für die nächsten drei Jahre geschätzt wird, so läßt sich leicht ermessen, daß auch selbst mit zwei guten Ernten die heutige argentinische Krise nicht überwunden wird. Das entscheidende Problem bleibt nach wie vor eine weitgehende Mitarbeit des Auslands, die wiederum auf das engste mit der weiteren innerpolitischen Entwicklung Argentiniens abhängig sein wird.